

Immigration Immer mehr Superreiche erkaufen sich Staatsbürgerschaften und Niederlassungen in Europa. Die EU und die OECD sind alarmiert. Zu Recht?

Vier Pässe für ein Halleluja

STEFAN BARMETTLER

Es ist zum Verzweifeln. Die einen sind inkompetent, die anderen polemisch und die Dritten treibt eine politische Agenda. Christian Kälin redet sich ins Feuer, wenn er auf seine Gegner zu sprechen kommt. Und davon gibt es einige. Sie heissen EU, Global Witness, OECD, Tax Justice Network oder Transparency International. Sie alle wollen ihm das Geschäftsmodell zerzausen. Weil sie es partout nicht verstehen können oder wollen. Sagt Kälin.

Sein Geschäft ist das Vermitteln von Staatsbürgerschaften und Immigrationsrechten, und zwar gegen Investitionen. Oder salopper gesagt: Pass gegen Cash. Dieser Tauschhandel erreicht mittlerweile ein Volumen von 3 Milliarden Franken, Tendenz steigend. Kunden sind Superreiche, die möglichst hürdenfrei durch die Welt reisen wollen und dort wohnen, wo es ihnen beliebt. «Reisefreiheit wird zum Schlüsselfaktor», schreibt die «Financial Times», gerade in Zeiten des Brexit.

Falsch, ätzen die Kritiker im Chor, es gehe nicht um visafreie Trips, sondern darum, mit Multi-Staatsbürgerschaften dem Fiskus, der Justiz und der Polizei ein Schnippchen zu schlagen. Und es gehe um den Wert einer Staatszugehörigkeit. Pässe von Nationen kaufen und sammeln wie schicke Oldtimer, das geht gar nicht. «So wird das Bürgerrecht zur Ware», warnt der Zürcher Staatsrechtler Daniel Thürer.

Diese exklusive Art der Immigration floriert. Gemäss Wealth Report der Beratungsfirma Knight Frank trägt heute bereits jeder Vermögende ab einer Million mindestens zwei Pässe in der Innentasche. Man ist mobil: Gegen 100 000 High Networth Individuals, wie die Millionäre unter Vermögensverwaltern heissen, wechselten 2017 ihre Heimat. Es ist die Globalisierung, welche die Nachfrage treibt. Besonders gefragt sind Zweit-Staatsbürgerschaften unter Chinesen, Russen, Türken, Marokkanern, Kasachen, Saudis oder Bürgern aus Golfstaaten. Manche sind Unternehmer, Immobilien-Tycoons, Airline-Chefs oder Rohstoffhändler. Es geht auch um ihre Familien, um deren persönliche Sicherheit, um den Zugang zu Spitälern oder Elite-Universitäten im Westen.

Etwas Privatsphäre muss sein

Kälin ist Präsident der Kanzlei Henley & Partners. Sie ist Marktführerin im globalen «Residence and Citizen-Planning», wie es in der Firmenbrochure heisst. Kälin ist aber viel mehr. Er gilt als Vordenker der Branche. Innert zwanzig Jahren hat er das Vermitteln von Staatsbürgerschaften und Immigrationsrechten professionalisiert und perfektioniert. Keiner weiss besser, was ein Pass oder eine Aufenthaltsbewilligung taugen und wie viel sie



Branchenprimus

Mr. Citizenship Der Zürcher Christian Kälin, 47, ist Präsident von Henley & Partners. Sie ist Marktführerin beim Vermitteln von Staatsbürgerschaften und Aufenthaltsbewilligungen. Kälin absolvierte eine Banklehre bei von Ernst. Später studierte er Naturwissenschaften in Paris und Auckland und promovierte an der Uni Zürich in Recht. Vor ein paar Jahren zog er sich aufs Präsidium von Henley zurück. Er ist Teilhaber.

wo kosten. In einer fünfhundertseitigen Dissertation an der Rechtsfakultät der Universität Zürich hat er die Vergabe von Staatsbürgerschaften von der Antike bis in die Gegenwart analysiert. Dazu verfasst er serienmässig Broschüren und Bücher; sein «Global Residence and Citizenship Handbook» gilt als Standardwerk. Dessen Einleitung ziert ein Zitat von US-Präsident Benjamin Franklin: «Wo Freiheit ist, da ist meine Heimat.»

Henley & Partners ist überall zu Hause. Mittlerweile sind 300 Mitarbeiter in dreissig Büros rund um die Welt – von Antigua bis Vietnam – angestellt. Im Zürcher Seefeldquartier ist der Gruppensitz, doch Kälin, der Wohnungen in Zürich, Malta und in London hat, ist selten in der Schweiz. Meistens ist er unterwegs, visumsfrei. Denn er reist mit mehreren Pässen. Es dürften drei sein, mindestens. Er selber trägt nicht zur Klärung bei. «Etwas Privatsphäre muss sein.»

Zwei Dutzend Länder führen Staatsbürgerschaften im Angebot. Es sind meistens Kleinstaaten in Europa oder der Karibik, dazu Kambodscha, Jordanien, die Türkei. Die Preise bewegen sich im Bereich von 100 000 (St. Kitts und Nevis) bis 10 Millio-

nen Franken (Österreich). Verlangt wird neben Liquidität ein guter Leumund – und im Karibikstaat Grenada: «Be healthy». Weitere Bedingungen bei diesen Citizenship-by-Investment-Programmen (CBI) sind der Kauf von Staatsanleihen, Investitionen in staatliche Entwicklungsfonds, Immobilienkäufe, der Erwerb von Firmen oder Firmenteilen, das Schaffen von Arbeitsplätzen. Beliebt ist der Pass von EU-Mitglied Malta. Dafür müssen 650 000 Pfund in einen Entwicklungsfonds fliessen und 150 000 Pfund in Staatsbetriebe. Die Staatsbürgerschaft gibts für den Familienanhang zum Discount-Preis: Für Ehefrau und Kind werden je 50 000 Pfund verrechnet.

Umgehen von Sanktionen gegen Iran

Transparency International schätzt, dass in den letzten 10 Jahren 6000 Pässe und 100 000 Aufenthaltsbewilligungen auf diese Art vergeben wurden. Das weckt Widerstand. Europas Kommissarin für Justiz, Konsumenten und Geschlechtergleichheit, Vera Jourova, sieht ihren Kampf gegen den Passhandel als Kampf gegen «Kriminalität, Geldwäscherei und Korruption». Im Visier hat die zupackende Tschechin vorab reiche Russen, die zu EU-Bürgern werden und im Schengen-Raum visumbefreit reisen dürfen. Noch schlimmer sind für Jourova jene Neo-Europäer, die bevorzugt mit «Golden Passports» aus Griechenland in der EU Fuss fassen und internationale Sanktionen ausbremsen. Zu ihnen gehört der gebürtige Iraner Ali Sadr Hashemi, der mit den Zusatzpässen aus Malta und St. Kitts und Nevis ausgerüstet ist. Letztes Jahr wurde er in den USA verhaftet, weil er illegal 115 Millionen Dollar aus Venezuela via eine Schweizer Bank in den Iran verschoben haben soll – und so, behaupten zumindest die Amerikaner, ihre Sanktionen gegen den Iran unterlaufen wollte.

Henley-Präsident Kälin hält freilich nichts von der Kritik aus Brüssel. «Die Aussagen zu Kriminalität und Geldwäscherei – das ist einfach Nonsense.» Die Analyse der EU ziele «total daneben», sei nicht fundiert. Und dass diese Investment-Kriminelle anziehe, sei absurd. Henley & Partners und andere Vermittler würden umfassende Background-Checks, Know-your-client-Abklärungen betreiben, Interpol-Datenabgleich inklusive. «Unsere Due Diligence übertrifft jene beim On-Boarding im Private Banking», ist er überzeugt. Nein, nicht die paar hundert, bestens geprüften «Economic Citizens» seien das Problem der EU, sondern die ins Uferlose steigende Zahl von Einbürgerungen. Richtig ist: 2017 erhielten 673 000 Ausländer einen EU-Pass, durch Heirat, Geburt oder Einbürgerung.

Oder durch korrupte Migrationsbeamte. Als Einfallstor gilt Bulgarien, das alljährlich Hunderte Pässe unter der Hand vergibt. Der jüngste Fall flog letzten Herbst auf, als eine Handvoll Migrationsbeamte Ukrainern und Serben mit gefälschten Dokumenten die begehrten EU-Pässe besorgten. Kostenpunkt je Staatsbürgerschaft: 5000 Euro. Eine mehr als laxen Einbürgerungspraxis, die Kälin gerne erwähnt, um Brüssels CBI-Kritik abzuschmettern. «Die EU sollte beunruhigt sein über jene Zehntausende pro Jahr, die Beamte in Süd- und Osteuropa schmieren, um an EU-Pässe zu gelangen.»

Schweiz: Steuerlücke für Reiche

Steuersitz Staaten streiten sich weltweit um gute Steuerzahlende und drücken schon mal ein Auge zu, um eine Steuerpflicht zu begründen. Beim Kauf eines zweiten oder dritten Passes steht allerdings nicht die Steuerminimierung im Vordergrund. Denn eine Staatsbürgerschaft begründet noch keinen Steuersitz; dieser wird bestimmt durch den Lebensmittelpunkt. Ein Zypriot, der in Frankreich wohnt, ist in Frankreich steuerpflichtig. Hat er zwei, drei Wohnsitze, gilt der Hauptwohnsitz oder es wird über ein Doppelbesteuerungsabkommen eine Steuerauscheidung vorgenommen. Ausnahmen dieser Regel sind die USA, Eritrea

und Vietnam. In diesen Ländern ist ein Bürger steuerpflichtig, auch wenn er im Ausland wohnt.

Pauschalsteuer Wer einen Pass aus einem EU-, Efta- oder EWR-Land hat, geniesst als Pauschalbesteuerter in der Schweiz einen Bonus – dank bilateralen Verträgen, die ein Bleiberecht begründen. Der Kauf eines europäischen Passes zwecks Steuerersparnis ist unter Pauschalbesteuerten eine Ausnahme, wie Zahlen aus dem Kanton Zug zeigen. Die Pauschalbesteuerten stammen primär aus Russland, Brasilien, den USA, Japan, Australien und Kanada – nicht aus einem EU-Land.

Pass gegen Geld:
Sprudelnde
Geschäfte mit
«Golden Passports».

Henley Passport Index: Die wertvollsten Pässe

Dieser Pass garantiert die meisten visafreien Einreisen/Visa on arrival

► **Lesebeispiel Japan:** Mit einem Pass aus Japan kann man in 189 Länder ohne Visum einreisen, das Maximum wären 227 Länder resp. 227 Punkte.

Rang	Reisepass	Punkte	Rang	Reisepass	Punkte
1	Japan	189	54	Kuwait	92
	Singapur		55	Fidschi	89
	Südkorea		56	Guyana	88
2	Deutschland	188	57	Katar	87
3	Dänemark	187	58	Malediven	86
	Finnland		Nauru		
	Frankreich		59	Jamaika	83
	Italien		Papua-Neuguinea		
	Schweden		60	Botswana	82
4	Luxemburg	186	61	Bahrain	81
	Spanien		62	Suriname	79
5	Österreich	185	63	Bolivien	78
	Niederlande		64	Weissrussland	77
	Norwegen		65	Kasachstan	76
	Portugal		Oman	75	
	Schweiz		66		Namibia
6	Grossbritannien	184	Thailand	74	
	Belgien		67		China
	Kanada		Lesotho	73	
	Griechenland		68		Saudi-Arabien
	Irland		69	Kenia	72
USA	Swasiland	71			
7	Tschechien		183	70	Malawi
8	Malta	182	71	Indonesien	70
9	Australien	181	72	Gambia	68
	Island		Tansania		
	Neuseeland		Sambia		
10	Ungarn	180	73	Aserbaidtschan	67
	Lettland		Philippinen		
	Litauen		74	Tunesien	66
	Slowakei		75	Kap Verde	65
	Slowenien		Kuba		
11	Estland	179	Dominikanische Rep.	64	
12	Liechtenstein	178	76		Kirgisistan
13	Malaysia	177	Uganda	63	
14	Chile	176	Simbabwe		
15	Monaco	174	77	Ghana	62
	Polen		Mongolei		
16	Zypern	173	78	Armenien	61
17	Argentinien	171	Sierra Leone		
	Brasilien		79	Benin	
18	Rumänien	170	Marokko	60	
19	Bulgarien	169	80		Indien
	Hongkong (SAR China)		81	Mauretanien	58
	San Marino		Mosambik		
20	Andorra	168	São Tomé und Príncipe	57	
	Kroatien		Tadschikistan		
21	Brunei	165	Usbekistan		56
	Ver. Arabische Emirate		82	Burkina Faso	
22	Israel	161	83	Elfenbeinküste	55
23	Barbados	159	Senegal		
24	Mexiko	158	84	Bhutan	54
25	Uruguay	155	Gabun		
26	Bahamas	154	Guinea		
27	St. Kitts und Nevis	152	Mali	53	
28	Antigua und Barbuda	150	Togo		
	Costa Rica		85		Kambodscha
	Seychellen		Niger	52	
	Trinidad und Tobago		Ruanda		
	Vatikanstadt		86	Tschad	
29	Taiwan	148	Guinea-Bissau	51	
30	St. Vincent und die Grenadinen	146	Madagaskar		
	Turkmenistan		87		Komoren
31	Mauritius	145	Laos	50	
32	Grenada	143	88		Äquatorialguinea
	Paraguay		Haiti		
33	Macau (SAR China)	142	Vietnam	49	
34	Panama	137	89		Algerien
	Dominica		Angola		
El Salvador	Jordan	48			
35	Honduras		135	90	Zentralafrikanische Rep.
	Guatemala	Ägypten			
Venezuela	91	Kamerun	47		
36	Peru	134		Liberia	
37	Samoa	132		Myanmar	
38	Serbien	131	92	Burundi	46
	Salomonen		Republik Kongo		
39	Vanuatu	129	93	Nigeria	45
40	Nicaragua	128	94	Dschibuti	
	Tuvalu		95	Dem. Republik Kongo	
Ukraine	Kosovo	43			
41	Kolumbien		126	Sri Lanka	
42	Nordmazedonien	125	96	Äthiopien	42
	Tonga		Nordkorea		
43	Marshallinseln	124	97	Bangladesch	41
	Montenegro		Iran		
44	Kiribati	123	Südsudan	40	
45	Mikronesien	121	98		Libyen
Moldawien	99	Libanon	39		
46	Bosnien-Herzegowina	119		Palästina	
47	Palau	118	100	Eritrea	38
	Russland		Sudan		
48	Albanien	116	101	Jemen	36
49	Georgien	114	102	Pakistan	
50	Türkei	110	103	Somalia	32
51	Belize	100	Syrien		
Südafrika	104	Afghanistan	30		
52	Osttimor	97		Irak	
53	Ecuador	93			

QUELLE: HENLEY & PARTNERS

Einbürgerungsquote in Europa

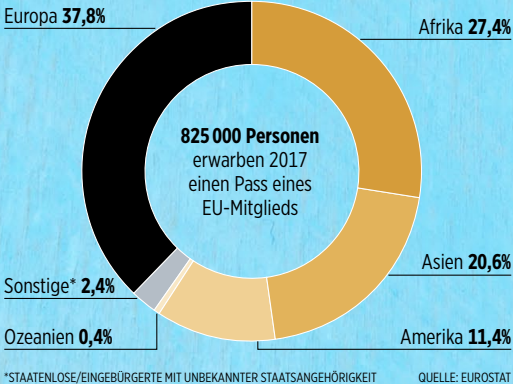
Erworbene Staatszugehörigkeit per 1000 Einwohner



QUELLE: EUROSTAT

825 000 Neubürger in EU

Erwerb der Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaats (Anteil nach Herkunftskontinent)



*STAATENLOSE/EINGEBÜRGERTE MIT UNBEKANNTER STAATSANGEHÖRIGKEIT

QUELLE: EUROSTAT

Doch so schnell wird er EU-Kommissarin Jourova nicht los. Sie will dem Passportverkauf den Garaus machen oder diesen zumindest einschränken. Ihr Problem ist indes viel gröber: Die Vergabe von Staatsbürgerschaften ist national geregelt, Brüssel kann nur empfehlen oder auf gemeinsame Standards pochen. Doch es will sich keine Regierung dreinreden lassen, schon gar nicht beim sprudelnden Geschäft mit den «Golden Passports». Da kennt

«Die Aussagen zu Kriminalität und Geldwäscherei – das ist einfach Nonsense.»

Christian Kälin
Henley & Partners

sogar das rührige EU-Mitglied Österreich kein Pardon. Bei der letzten europaweiten Analyse wurde Wiens Passhandel ausgespart – weil die Anforderungen an die Antragsteller «völlig willkürlich» («fully descretionary») seien und die nötigen Investitionen für einen Pass «nicht spezifiziert» würden.

Nicht nur die EU tut sich schwer, sondern auch die OECD. Zwar gäbe es für CBI-Programme durchaus legitime Gründe, doch sie könnten «potenziell missbraucht werden, um Vermögenswerte zu verstecken», warnt die Organisation. Allerdings hat die

Steuerarbitrage wenig mit der Staatsbürgerschaft zu tun. Denn ein neuer Pass begründet noch lange keinen neuen Steuersitz, wie die Beratungsfirma EY im Bericht «Tax Residency and Citizenship» im März schrieb. Ohnehin würden seriös auf- und umgesetzte Citizenship-by-Investment-Programme keine internationalen Steuerstandards unterminieren (siehe Box unten links). Kälin sieht es logischerweise nicht anders. «Die Argumente der OECD sind hanebüchen», meint er. Citizenship habe «rein gar nichts» zu tun mit Steuern oder Steuerumgehung. Wahr ist indes auch, dass diverse Länder – auch die Schweiz – beim Anlocken von Multimillionäre mitunter sehr flexibel agieren und nicht immer auf eine Residenzpflicht pochen.

Um seinem Argument Nachdruck zu verleihen, tritt die Branche unter Kälins Führung die Flucht nach vorne an. Erklären, Image polieren, WEF-Auftritt, Podien organisieren. Für diese Knochenarbeit hat man den Investment Migration Council (IMC) in Genf gegründet. Die Vereinigung der Staatsbürgerschafts- und Residenzvermittler zählt derzeit 450 Mitglieder, darunter Henley & Partners, KPMG, BDO, PwC sowie Anwaltskanzleien aus London oder New York. Der IMC will Minimalstandards in die fragmentierte Branche tragen. Doch das Risiko sind nicht die Grossen, sondern die ungezählten lokalen Akteure, deren Geschäftssinn hoch und Qualitätsanspruch tief ist.

Millionen für den Staatsfonds

Kälin hat ein neues Argument gegen all die Kritiker gefunden. Es heisst Sovereign Equity. Und meint: Die Millionen aus den Citizenship-by-Investment-Programmen sollen zweckgebunden in Arbeitslosenprogramme, in den Schuldenabbau oder in Infrastrukturbauten fliessen. «In Dominica haben zwei Wirbelstürme Hunger und Elend hinterlassen, doch mit seinem Staatsbürgerschaftsprogramm konnte der Staat ein riesiges Wiederaufbauprogramm finanzieren», schwärmt er.

Besonders stark profitiert der Inselstaat Malta vom Passverkauf. Seit Einführung des CBI-Programms im Jahr 2014 sind 640 Millionen Euro in Staatsfonds und 120 Millionen in Staatsanleihen geflossen. Henley & Partners kassiert als Konzessionär der Regierung tüchtig mit. Bislang hat man umgerechnet 38 Millionen Franken eingestrichen, wie dem Jahresbericht 2018 zu entnehmen ist. Die Transparenz geht weiter: In der «Malta Government Gazette» werden alljährlich die neuen Staatsbürger begrüsst und alphabetisch geordnet aufgelistet – von Abdulhamid Abdullah bis Al-saled Ziyad. Auch die Steuerämter in anderen Staaten sollen sich für die Namen auf der Liste interessieren.